

FINMA-Chef Haltiner als Sprachrohr der UBS

Die Ausweitung der US-amerikanischen Subprime-Krise zur globalen Finanzmarktkrise zeigt: Alle Aufsichtsorgane haben versagt, international und national. Sie haben die Dimension der Krise nicht rechtzeitig erkannt. Das gilt insbesondere auch für die frühere EBK und jetzige Finanzmarktaufsicht FINMA. Die Risikoexposition der Grossbanken UBS und CS wurde unterschätzt. Die Boni der staatlich gestützten UBS hat die Finma nicht gestoppt. Die Finma muss neu zusammengesetzt und organisiert werden.

Susanne Leutenegger Oberholzer*

Seit 1. Januar 2009 ist die Finanzmarktaufsicht in der Schweiz neu organisiert. Das Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht ist in Kraft. Die FINMA übt die staatliche Aufsicht über Banken, Versicherungsunternehmen und weitere Finanzintermediäre aus. Sie ist an die Stelle der Eidgenössischen Bankenkommission EBK, des Bundesamtes für Privatversicherungen und der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei getreten. Sie muss die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes sichern und die Gläubigerinnen, die Anleger und die Versicherten schützen.

Verbandelung mit der Finanzmarktindustrie

Strategisches Führungsorgan der FINMA ist der Verwaltungsrat. Geleitet wird sie von Direktor Patrick Raaflaub (ex-Swiss Re). An der VR-Spitze steht der frühere EBK-Präsident Eugen Haltiner (ex-UBS). Weitere Mitglieder sind die VizepräsidentInnen Monica Mächler (ex-Zürich, dann Bundesamt für Privatversicherungen) und Daniel Zuberbühler (ex-EBK), Anne Hérítier Lachat (unabhängige Anwältin), Sabine Kilgus (Anwältin bei Lutz Rechtsanwälte), Paul Müller (ex-Swisslife), Charles Pictet (ex-Banque Pictet), Bruno Porro (ex-Swiss Re) und Jean-Baptiste Zufferey (Uni Freiburg).

Zentral für jede Aufsicht ist die Unabhängigkeit. Auffallend ist die historische Verbandelung einiger FINMA-Mitglieder mit der Finanzindustrie. Das trifft für die Versicherungen wie die Banken zu. Exemplarisch dafür ist Eugen Haltiner, als Präsident der FINMA zugleich deren Aushängeschild. Er hat seine Berufskarriere bei der UBS (SBG) gemacht. Auch sein Mentor Finanzminister Bundespräsident Hans Rudolf Merz war früher bei der UBS, als Vize bei der Kaderschmiede Wolfsberg.

Die Aufsicht der FINMA ist angesichts der Finanzkrise gerade bei den beiden Grossbanken zentral. Das gilt insbesondere für die UBS. Trotz 68 Milliarden Staatshilfe haben Bundesrat,

Finanzdelegation und die bürgerliche Mehrheit der UBS bei den Löhnen und Bonuszahlungen keine bindenden Auflagen gemacht. Die Aufgabe wurde der FINMA übertragen. Anders im Ausland: Deutschland beschränkt die Gehälter (alles inklusive) für trudelnde Banken auf 500 000 Euro. US-Präsident Obama geht bei Unternehmen mit Staatshilfe von einer oberen Gehaltslimite von 500 000 Dollar aus.

Die FINMA agierte bislang alles andere als überzeugend. Erst kürzlich hat sie der UBS trotz riesigen Protesten in der Bevölkerung variable Lohnbestandteile (Boni) von insgesamt 2,155 Milliarden genehmigt. Dazu kommen noch 1,6 Mrd. Fr. für 2008 nicht ertragswirksame Aktien- und Optionsprogramme. Der Ex-UBS-Manager Eugen Haltiner verteidigte die Bonuszahlungen, statt die Lohnreiberei zu stoppen und für Transparenz zu sorgen. Und wer das Überleben der UBS ohne die Milliarden Staatshilfe in Zweifel zieht, wird vom Finma-Präsidenten gar ehrverletzend der Volksverhetzung bezichtigt. Ein solcher Finma-Präsident ist nicht haltbar.

Der politische Handlungsbedarf

Die Schweiz braucht eine funktionsfähige Finanzmarktaufsicht. Deshalb muss die Finma personell und organisatorisch überprüft werden. Das will auch die Wirtschaftskommission des Nationalrats, die meinem Antrag gefolgt ist. Wichtig ist die völlige personelle Unabhängigkeit der FINMA von den zu kontrollierenden Versicherungen und Banken. Zusätzlich braucht es klare gesetzliche Vorgaben. Der Lohn einer Bank mit Staatshilfe darf alles inklusive 1 Million Franken nicht übersteigen. Bonuszahlungen gehören wie alle risikotreibenden Entschädigungen untersagt. Schliesslich müssen die Finanzmarktprodukte zum Schutz der Anlegerinnen einer Zulassungsprüfung durch die FINMA unterzogen werden. Künftige Exzesse in der Bankenwelt gilt es jetzt zu verhindern.

*Susanne Leutenegger Oberholzer ist SP-Nationalrätin und Mitglied des AFP-Vorstands.